Stand: 04.12.2025 01:54:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/74

"Wiederherstellung der Natur: Für eine praxistaugliche Umsetzung!"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 19/74 vom 04.12.2023
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/277 des UV vom 23.01.2024
- 3. Beschluss des Plenums 19/334 vom 30.01.2024
- 4. Plenarprotokoll Nr. 9 vom 30.01.2024



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

04.12.2023

Drucksache 19/74

Antrag

der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer, Dr. Andrea Behr, Franc Dierl, Leo Dietz, Sebastian Friesinger, Thomas Holz, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Petra Loibl, Thomas Pirner, Sascha Schnürer, Thorsten Schwab, Kristan Freiherr von Waldenfels CSU,

Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob, Ulrike Müller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Tobias Gotthardt, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Wiederherstellung der Natur: Für eine praxistaugliche Umsetzung!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene weiterhin dafür einzusetzen, dass die EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur, insbesondere mit dem Instrument des nationalen Wiederherstellungsplans, praxistauglich umgesetzt wird, damit kein weiterer übermäßiger Bürokratie- und Kostenaufwand für die Betroffenen entsteht. Erforderliche bundesrechtliche Regelungen müssen vom Bund schnellstmöglich und in enger Abstimmung mit den Ländern auf den Weg gebracht werden. Zudem müssen offene Finanzierungsfragen von der EU unverzüglich geklärt werden. Eine Überwälzung von Kostenlasten wegen neuer zentralistischer Vorgaben auf Länder und Kommunen ist abzulehnen.

Begründung:

Der Abstimmungsprozess zur EU-Wiederherstellungsverordnung ist auf europäischer Ebene bereits sehr weit fortgeschritten. Bevor die Verordnung durch die Kommission im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht werden kann, muss die vorläufige politische Einigung noch durch das Plenum des Europäischen Parlaments sowie im Rat auf Ministerebene bestätigt werden.

Die Staatsregierung hat sich nicht zuletzt aufgrund des Beschlusses des Landtags vom 18.07.2023 (Drs. 18/30139) – "Schutz unserer landwirtschaftlichen Kulturlandschaft – Verordnungsvorschlag zur Wiederherstellung der Natur grundlegend überarbeiten!" in den bisherigen Abstimmungsprozess zur EU-Wiederherstellungsverordnung bereits intensiv eingebracht, insbesondere auch im Hinblick auf eine praxistaugliche Ausgestaltung der Verordnung und eine verbesserte Finanzierung auf europäischer Ebene.

Diesen Fokus gilt es auch jetzt für die Regelungs- und die anstehende Umsetzungsphase in den Blick zu nehmen, sofern für die Einführung und Umsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung beispielsweise ergänzende bundesrechtliche Regelungen

erforderlich sind. Insbesondere müssen die finanziellen Voraussetzungen für die Umsetzung geschaffen werden, wobei für neue Belastungen von Ländern und Kommunen kein Raum besteht.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

Drucksache 19/277 23.01.2024

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,

Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Drs. 19/74

Wiederherstellung der Natur: Für eine praxistaugliche Umsetzung!

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: Alexander Flierl Mitberichterstatter: Harald Meußgeier

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 02. Sitzung am 7. Dezember 2023 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

AfD: Ablehnung

B90/GRÜ: Enthaltung

SPD: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 03. Sitzung am 23. Januar 2024 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung FREIE WÄHLER: Zustimmung

AfD: kein Votum

B90/GRÜ: Enthaltung

SPD: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Alexander Flierl

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

30.01.2024 Drucksache 19/334

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer, Dr. Andrea Behr, Franc Dierl, Leo Dietz, Sebastian Friesinger, Thomas Holz, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Petra Loibl, Thomas Pirner, Sascha Schnürer, Thorsten Schwab, Kristan Freiherr von Waldenfels CSU,

Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob, Ulrike Müller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Tobias Gotthardt, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/74, 19/277

Wiederherstellung der Natur: Für eine praxistaugliche Umsetzung!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene weiterhin dafür einzusetzen, dass die EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur, insbesondere mit dem Instrument des nationalen Wiederherstellungsplans, praxistauglich umgesetzt wird, damit kein weiterer übermäßiger Bürokratie- und Kostenaufwand für die Betroffenen entsteht. Erforderliche bundesrechtliche Regelungen müssen vom Bund schnellstmöglich und in enger Abstimmung mit den Ländern auf den Weg gebracht werden. Zudem müssen offene Finanzierungsfragen von der EU unverzüglich geklärt werden. Eine Überwälzung von Kostenlasten wegen neuer zentralistischer Vorgaben auf Länder und Kommunen ist abzulehnen.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind augenscheinlich alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es einzelne Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die Verfassungsstreitigkeiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. August 2023 (Vf. 3-VII-23) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 3 Abs. 3 Satz 1 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 1993 (GVBI. S. 264, BayRS 2024-1-I), das zuletzt durch § 12 des Gesetzes vom 24. Juli 2023 (GVBI. S. 385) geändert worden ist

PII-G1310.23 - 0005 Drs. 19/312 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist zulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
	Z	Z	A	A

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 14. Dezember 2023 (Vf. 7-VII-23) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 6 Abs. 5, Art. 7 Abs. 4 Sätze 3 und 4 des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes (BayDschG) in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 2242-1-WK) veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2023 (GVBI. S. 251) geändert worden ist

PII-G1310.23 - 0009 Drs. 19/313 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist zulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 9. Januar 2024 (Vf. 1-VII-24) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 24 Abs. 1 Nr. 2 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags (JMStV) vom 13. September 2002 (GVBI. 2003 S. 147, BayRS 02-21-S), der zuletzt durch Art. 2 des Vertrages vom 14. Dezember 2021 (GVBI. 2022 S. 313, 396) geändert worden ist

PII- 3001-2-1 Drs. 19/314 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist zulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Andreas Winhart, Gerd Mannes u.a. AfD Leistung muss sich wieder lohnen: Steuerliche Belastung von Überstunden senken! Drs. 19/13, 19/259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Oskar Lipp AfD Kinder schützen, regionale Lebensmittelversorgung stärken: Werbeverbot für global agierende Fast-Food-Ketten umsetzen Drs. 19/21, 19/273 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier AfD Tourismuszuschlag für in Notlage geratene Skiliftbetreiber Drs. 19/22, 19/251 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Oskar Lipp u.a. AfD Kartoffel- und Zuckerrübenernte schützen: Ernteschädlinge eindämmen! Drs. 19/23, 19/252 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier AfD Förderung der Kombinations-Anbindehaltung Drs. 19/26, 19/253 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Schutzkonzept für Orte jüdischen Lebens und Blaulichteinsatzkräfte in der Silvesternacht Drs. 19/27, 19/226 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Folgen der Inflation für Verbraucher abmildern – Umsatzsteuer in der Gastronomie dauerhaft senken! Drs. 19/37, 19/266 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	Α

zur 9. Vollsitzung am 30. Januar 2024

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Anna Rasehorn u.a. und Fraktion (SPD) Sprach-Kitas in Bayern – Landesprogramm zukunftsfähig ausgestalten Drs. 19/38, 19/257 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE Wähler	AfD	GRÜ	SPD
	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berichtsantrag zum Wechsel der Zuständigkeiten für die Bereiche Jagd und Staatsforsten vom Landwirtschaftsministerium ins Wirtschaftsministerium Drs. 19/39, 19/258 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Arif Taşdelen u.a. SPD IT-Probleme bei der Halbierung der Ersatzfreiheitsstrafe – Weil die Staatsregierung sich mit einer Software schwertut, müssen Menschen länger im Gefängnis bleiben Drs. 19/41, 19/260 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z		Z

zur 9. Vollsitzung am 30. Januar 2024

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Felix Freiherr von Zobel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Versprechen halten: Mehrwertsteuer in der Gastronomie dauerhaft auf 7 Prozent

Drs. 19/57, 19/267 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
	Z	Z	ENTH	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung zur Zukunft des "Bayerischen Weges" im Trinkwasserschutz Drs. 19/58, 19/224 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z		Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Volkmar Halbleib u.a. SPD Anhörung zum Verbraucherschutz am Energiemarkt Drs. 19/59, 19/225 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
	Z	A	Z	Z

zur 9. Vollsitzung am 30. Januar 2024

 Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Wiederherstellung der Natur: Für eine praxistaugliche Umsetzung! Drs. 19/74, 19/277 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	ENTH	A